

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Margit Wild SPD**  
vom 19.04.2013

### **Kosten der Verwaltungssoftware des Freistaats Bayern**

Der Freistaat Bayern nutzt als Software in der Verwaltung häufig Produkte der Firma SAP. Die Lizenzen pro Arbeitsplatz sind somit sehr teuer. Es gibt alternative Beispiele der Nutzung von kostenloser – sogenannter Open-Source-Software in der Verwaltung: So zum Beispiel das „LiMux“-Projekt der Stadt München. Im Zuge dieses Projekts werden die 15.000 Arbeitsplatzrechner der städtischen Verwaltung auf die kostenlose Software Linux umgestellt, wodurch Millionen von Euro gespart werden können.

Ich frage deshalb die Staatsregierung:

1. Welche Verwaltungssoftware nutzt die Verwaltung des Freistaats Bayern?
2. Wie teuer sind die Lizenzen hierfür?
3. Wie hoch sind die Kosten für Verwaltungssoftware des Freistaats Bayern insgesamt?
4. Wurde schon einmal die Nutzung von Open-Source-Software in Betracht gezogen?

## Antwort

des **Staatsministeriums der Finanzen**  
vom 31.05.2013

Zu 1.:

Die Verwaltung nutzt auf ihren ca. 130.000 IT-Arbeitsplätzen zur Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben mit unterschiedlichsten Anforderungen zahlreiche Fachverfahren. Dabei werden sowohl Standardprodukte (z. B. Microsoft, SAP, etc.) als auch Eigenentwicklungen (z. B. IHV (Integriertes Haushalts- und Kassenverfahren), KONSENS (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung)) eingesetzt. Das Aufgabenspektrum aller Fachverfahren reicht vom Beihilfeabrechnungssystem über Immobilienverwaltungssoftware bis hin zur Verkündungsplattform für Rechtsnormen.

Zu 2.:

Die in der Anfrage angesprochene Software der Firma SAP wird hauptsächlich im Bereich Personalverwaltung eingesetzt und hat dort seit 2008 15 isolierte Personalwirtschaftsverfahren in 623 Dienststellen abgelöst. Der Freistaat Bayern besitzt damit eines der weltweit größten und einheitlich funktionierenden Personalwirtschaftssysteme. Für den Bereich Personalwirtschaft sind in den Jahren 2002 bis 2012 SAP-Lizenzkosten in Höhe von rund 6,1 Mio. € angefallen. Zukünftig sind Pflegegebühren von rund 1,5 Mio. € jährlich zu begleichen.

Zu 3.:

Die Softwarekosten für alle im Freistaat Bayern eingesetzten Verfahren belaufen sich auf rund 90 Mio. € pro Jahr. Sie setzen sich zusammen aus

- Pflege- und Wartungskosten für Software
- Leasingraten, Mieten (ggf. nur Teilbetrag für Software)
- lineare Abschreibungsbeträge (Kaufpreis geteilt durch Nutzungsdauer) auf Softwarelizenzen und Auftragsentwicklungen

Zu 4.:

Laut der IuK-Landesstrategie für die Bayerische Staatsverwaltung ist die Verwaltung angehalten, bei Beschaffungen stets die Möglichkeit des Einsatzes von Open-Source-Software (OSS) zu prüfen.

Als gutes Beispiel für den Einsatz von OSS kann die Vermessungsverwaltung herangezogen werden, die seit vielen Jahren fast ausschließlich die OSS-Grundausrüstung auf ihren Arbeitsplatzrechnern einsetzt. In den Rechenzentren ist der Einsatz von OSS ebenfalls gängige Praxis, vor allem im Bereich der Serverbetriebssysteme.